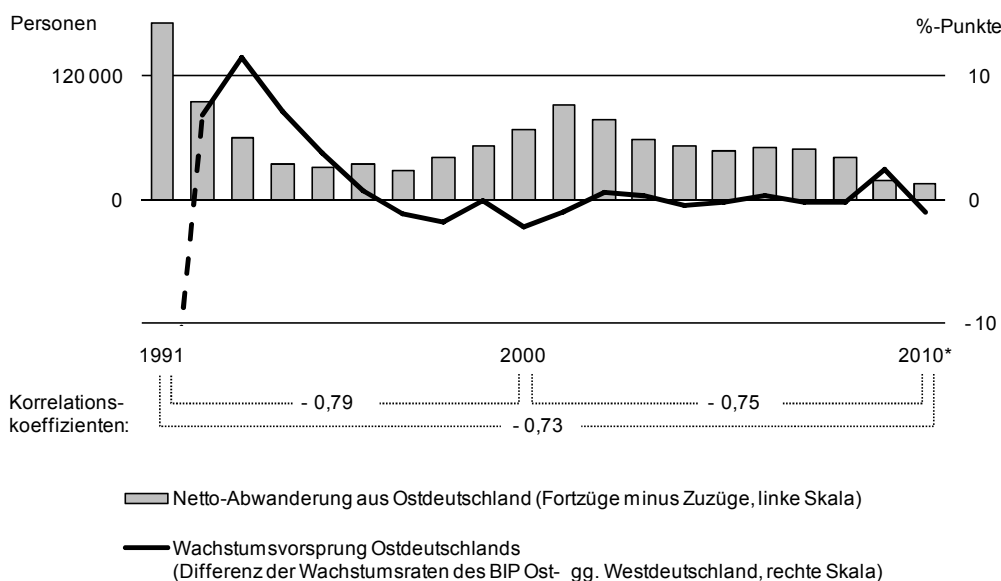


IWH-Pressemitteilung 2/2011

Halle (Saale), den 13. Januar 2011

Wirtschaftswachstum beeinflusst Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland

- Abwanderung und wirtschaftliches Wachstumsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland -



* Prognosewerte für 2010 auf Basis der Entwicklung im ersten Halbjahr. Korrelationskoeffizienten zwischen Wachstumsdifferenz im angezeigten Jahr und Wanderungssaldo des Folgejahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

Die „Maueröffnung“ vor 21 Jahren und der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft begründeten zu Beginn der deutschen Vereinigung eine Welle der Übersiedlung von Ost- nach Westdeutschland, die in den Jahren 1989 bis 1991 Massencharakter annahm.

Nach dem Neustart der Wirtschaft in Ostdeutschland unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen ebnete die Abwanderung bei vergleichsweise stabiler Zuwanderung deutlich ab. Die wirtschaftliche Aktivität stieg von einem niedrigen Niveau ausgehend kräftig und übertraf die des Westens deutlich an Dynamik. Erst als die ostdeutsche Wirtschaft ihren Wachstumsvorsprung gegenüber dem Westen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verlor, nahm die Abwanderung wieder sichtlich zu. Die Aussichten auf eine durchgreifende und anhaltende Verbesserung der Einkommens- und Arbeitsplatzverhältnisse hatten sich eingetrübt, und der wirtschaftliche Aufholprozess geriet ins Stocken. Bis zum Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 verharrte die Abwanderung auf

Sperrfrist:
13. Januar 2011,
12:00 Uhr

Pressekontakt:
Tobias Henning
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:
Udo Ludwig
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-754
E-Mail:
ldw@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Bundeswirtschaftsministerium (BMWi),
Bundesministerium des Innern (BMI),
Bundesministerium der Finanzen (BMF),
Bundeskanzleramt,
Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagworte:
Ost-West-Vergleich,
Wanderungen,
Wachstumsgefälle

Aktueller Bezug:
Rückholinitiativen der Neuen Länder

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle (Saale)
Postfach 11 03 61,
06017 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 7753-60
Fax: (0345) 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

einem doppelt so hohen Niveau wie in den wirtschaftlichen Aufholjahren Mitte der 1990er.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Jahr 2009 die ostdeutsche Wirtschaft nicht ganz so kräftig traf wie die westdeutsche, verringerte sich auch die Abwanderungsneigung. Allerdings halbierte sich 20 Jahre nach dem starken Geburtenknick in Ostdeutschland auch das Abwanderungspotenzial zahlenmäßig. Die Suche nach gut ausgebildeten Fachkräften trug ein Übriges zur gesunkenen Abwanderungsneigung bei. Diese Tatsachen legen die Vermutung nahe, dass sich die wirtschaftlich prosperierenden Gebiete in Ostdeutschland von Auswanderungs- in Zuwanderungsregionen wandeln. Um eine qualifizierte Zuwanderung zu attrahieren, muss jedoch das Arbeitsplatzangebot attraktiv genug sein.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Prof. Dr. Udo Ludwig

Tel.: +49 (0) 345/7753-754, E-Mail: Udo.Ludwig@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning

Tel.: +49 (0) 345/7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.